



EUROPÄISCHE UNION

Delegation der Europäischen Kommission für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein

Dr. Michael Reiterer

Die Europäische Union und die Schweiz

Mitgliederversammlung der AUNS, Samstag 28. April 2007 in Bern

Ich freue mich über die Einladung zu Ihrer Jahresversammlung – Herr Fehr war einer meiner ersten Kontakte in der Schweiz. Wir haben bei einer Flasche Wein festgestellt, dass wir trotz programmatischer Gegensätze gut miteinander reden können. Ich schätze Offenheit und Professionalität – die Wahrnehmung von gegensätzlichen Interessen, das Vertreten gegensätzlicher Standpunkte sollten niemals zu persönlichen Differenzen führen.

Ich verstehe die AUNS als eine Nichtregierungsorganisation in der sich politisch engagierte Menschen für ihre Wertvorstellungen einsetzen. Die Ziele sind weitgehend innenpolitisch definiert – Überwachung der Außenpolitik des Bundes, "Orientierung" über Probleme und Problematik der schweizerischen Außenpolitik; Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz, Verhinderung von Aktivismus.

Meine Rolle als Botschafter der Europäischen Kommission ist in einem Punkt ähnlich – "Orientierung der Bevölkerung" über die Europäische Union. Genauso wenig wie Sie in diesem Zusammenhang von "Propaganda" sprechen, genauso wenig ist es mein Auftrag noch meine Absicht Propaganda zu betreiben: Ich kann mir gut vorstellen, dass es in der Schweiz genauso wie in den Mitgliedstaaten der Union viele Interessierte gibt, die zwar ungefähr wissen, wie die Union funktioniert, was ihre Ziele sind – genaue Information, Wissen kann Missverständnisse beseitigen oder gar nicht erst aufkommen lassen. Als eine Dienstleistung biete ich deshalb Auskünfte, Orientierung, an. Dies kann in Anspruch genommen werden oder nicht – sie haben mich eingeladen, sie wollen mich also hören und ich danke Ihnen dafür.

Ich werde mich daher eingangs mit der Delegation beschäftigen, was ist ihre Aufgabe, ihre Zielsetzung, was macht sie, was macht sie nicht.

Lassen Sie mich mit letzterem beginnen: Mein Auftrag ist es nicht, die Schweizer und Schweizerinnen zum Beitritt zur EU zu bewegen – das ist ihre Entscheidung. Ich habe es bereits mehrfach gesagt, ich bin kein Missionar in Sachen EU.

Natürlich ist die Schweiz mit der EU auf das engste verbunden, **wirtschaftlich** – es ist beachtlich, dass 7,4 Millionen Schweizer der zweitwichtigste Wirtschaftspartner von einer halben Milliarde Europäer sind, noch vor Japan und China.

Kulturell, die Schweiz ist Teil der europäischen Kultur und hat viele Träger dieser europäischen Kultur hervorgebracht: Max Frisch, Friedrich Dürrenmatt, Jean Rodolphe de Salis, Alberto Giacometti, Carl Gustav Jung, Le Corbusier, Carl Spitteler, Heinrich Pestalozzi, Arthur Honegger, Hans Küng und Gottfried Keller ist eine nur unvollständige Aufzählung großer Namen.

Politisch teilt die Schweiz wichtige Werte mit der Union: Einsatz für Demokratie und Menschenrechte, Fortentwicklung des humanitären Völkerrechts - setzte doch die Idee des Roten Kreuzes von der Schweiz ihren weltweiten Siegeszug an; Vermittlung in Konfliktfällen zur Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit für die Bevölkerung. Ich sehe dies nicht nur als Zeichen der Offenheit, sondern auch als Beleg dafür, dass die Schweiz, eines der reichsten Länder der Welt und handelspolitisch eng verflochten mit der ganzen Welt, nicht nur egoistisch auf seinen eigenen Vorteil bedacht ist. Das ist für mich nicht Aktivismus, sondern sinnvolles Engagement.

Als Österreicher habe ich auch ein besonderes Naheverhältnis zu **Neutralität**, für die Sie sich einsetzen: Österreich wurde 1955 nach Schweizer Vorbild neutral, was dazu beitrug die Besetzung nach dem 2. Weltkrieg abzuschütteln. Österreich zeigt aber auch, genauso wie die neutralen Länder Schweden, Finnland und Irland, dass dieses Konzept sich auch in der Union erfolgreich behaupten kann.

Die Schweiz kann zwar viel verändern und sie hat sich ja beachtlich von einem Armenhaus Europas zu einem Vorzeigestaat entwickelt, dank offener Märkte, dank der Offenheit der Grenzen und der aufnahmewilligen, toleranten Bevölkerung. So wie die vielen Auswanderer aus der Schweiz im 19. und 20. Jahrhundert auch zum Aufbau ihrer Zielländer beigetragen haben, so trugen später Einwanderer in die Schweiz zum wirtschaftlichen Wohlergehen und kulturellen Reichtum ihres Gastlandes bei. Immigranten entwickelten sich von Ausländern zu Vorzeigeschweizern. Denken Sie bloß an Nestlé, Maggi, Brown, Suchard, Hayek, und Pierre Gianadda - Sie kennen sicherlich mehr Beispiele als ich.

Was die Schweiz jedoch nicht ändern kann, ist ihre **geographische Lage** – wie so oft in ihrer Geschichte ist die Schweiz umgeben von "anderen", doch im Unterschied von früher nicht von Feinden, sondern von Ländern und Völkern, die der Schweiz wohlgesinnt sind und mit ihr so fundamentale Werte wie Freiheit, Menschenrechte und Demokratie teilen. Jeder von Ihnen weiß, dass Freundschaft Meinungsverschiedenheiten nicht ausschließt, es kommt nur darauf an, wie man damit umgeht und wie man miteinander umgeht. Sie wissen ja, Tiroler sind rau aber herzlich und der Tiroler Unabhängigkeitsheld Andreas Hofer hat bereits bewiesen, dass es Tirolern nicht an Unabhängigkeitswillen fehlt.

Historisch war der Anfang der Schweiz, der Rütlichschwur 1291, ein Abwehrbündnis durch Zusammenstehen. Interessanter Weise fühlten sich die damaligen Schweizer durch die direkte Unterordnung unter den zugegebenerweise weit entfernten Kaiser, eine ausländische Instanz, sicherer. Abwehr hat die Schweizer Geschichte geprägt, auch wenn große Anstöße, wie die Schaffung der neuen Schweiz, doch von außen kamen, durch Napoleon. Die erfolgreiche Willensnation Schweiz kann heute in sich selbst ruhen – sie braucht keinen äußeren Feind als innere Klammer. Sie liegt im Zentrum Europas, manchmal höre ich auch im Herzen Europas – das kommt auch in der österreichischen Bundeshymne vor. Doch wer ein Herz sein will, muss Impulse geben, lebenswichtige Impulse – Abseitsstehen ist da nicht das richtige Rezept.

Zurück zur Delegation: Die Kommission unterhält weltweit 131 Delegationen, nur in Nicht Mitgliedstaaten oder bei internationalen Organisationen, wie in Genf bei der UNO und bei der WTO. Es gibt keine Delegationen in Mitgliedstaaten, dort gibt es Repräsentationen, die nicht von der für Außenpolitik zuständigen Generaldirektion, wie hier in Bern, sondern von der für Kommunikation zuständigen betrieben werden. Der

Fall der Schweiz ist daher klar, Delegation und ich freue mich, der erste Delegationsleiter zu sein.

- Zu meinen Aufgaben zählt die Vertretung der Kommission in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein,
- Information der Kommission über Entwicklungen auf dem Gebiet der Politik, Justiz- und Innenpolitik, Wirtschaft, Finanz, Steuern, Handel, Forschung, Kultur, Regionalismus auf der Ebene der Kantone und des Bundes
- Sicherung der fruchtbaren und nahezu problemfreien bilateralen Beziehungen auf den genannten Gebieten, um eine weit gefächerte Zusammenarbeit zu fördern,
- die Erleichterung von Verhandlung und die Umsetzung der bilateralen Abkommen,
- das Wissen um die EU zu vermehren, um ihr Verständnis zu fördern – die bereits erwähnte „Orientierung“. Ich habe den Eindruck, dass der Besuch von Frau Kommissarin Ferrero-Waldner anlässlich der Eröffnung der Delegation dazu beigetragen hat – insbesondere auch der direkte Kontakt mit den Parlamentariern – Herr Vizepräsident Stamm war als Vorsitzender der Außenpolitischen Kommission des Nationalrates direkt beteiligt.

Diese Information in beide Richtungen geschieht vor dem Hintergrund der Rahmenbedingungen die der Bundesrat gesetzt hat – derzeit der bilaterale Weg, der Beitritt ist eine Option von mehreren – das haben ja auch die Kantone vor kurzem mit positiven Unterton bestätigt.

Ich habe es schon eingangs erwähnt, dies bleibt eine inner Schweizer Angelegenheit.

Die EU und die Schweiz haben zusätzlich zu den zwei großen bilateralen Abkommen und dem Abkommen aus 1972, das in letzter Zeit wieder populär geworden ist, an die 100 technische Abkommen. Der Bogen ist weit gespannt, die Bilaterale I dehnte die vertraglichen Beziehungen vom Warenverkehr auf andere Wirtschaftsbereiche aus, die Bilaterale II reflektiert die Weiterentwicklung der Union und bezieht innere Sicherheit, Asylwesen, Umwelt und Kultur ein. Kein Wunder, dass da Außenpolitik zur Innenpolitik und Innenpolitik zur Außenpolitik wird. Die Schweizer Wirtschaft beschäftigt ca. 4 Millionen Personen im Inland und nochmals 2 Millionen im Ausland – auch unter diesem Aspekt ist Außenpolitik Teil der Innenpolitik und damit Interessenspolitik.

In den drei Monaten, die ich jetzt in der Schweiz verbracht habe – ich bin nach einem zweijährigen Studienaufenthalt in Genf sowie nach einem ebenfalls zweijährigen Einsatz als österreichischer Verhandler in der GATT Uruguay Runde zum dritten Mal hier – in diesen drei Monaten sind mir Parallelen sowohl mit der **EU** als auch mit **Österreich** aufgefallen, die ich noch kurz mit Ihnen teilen möchte:

Die Europäische Union: Die EU hat derzeit 27 Mitglieder, die Schweiz 26 Kantone. Die Europäischen Bürger haben ihre direkt gewählten Vertreter im Europäischen Parlament, das gleich der Schweiz keine Mehrheitsfraktion und Opposition hat. Die Kantone sehen sich in erster Linie im Ständerat vertreten, die Mitgliedstaaten der Union im Ministerrat oder im Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs, alle demokratisch gewählt und ihren Parlamenten verantwortlich. Noch hat die Kommission 27 Mitglieder, einen Vertreter pro Mitgliedstaat – sobald ein weiterer dazukommt – so verlangt es der Vertrag von Nizza - wird die Kommission in ihrer Grosse zwar nicht auf 7 wohl aber auf 20 Mitglieder reduziert, eine für alle annehmbare "Zauberformel" muss noch gefunden werden. Das Prinzip des "doppelten Mehrs" von Kantonen und Bevölkerung ist im bisher

gescheiterten Verfassungsvertrag von Europa vorgesehen gewesen; ebenso erstmals ein direktdemokratisches Initiativrecht.

Lassen Sie mich hier eine Fußnote anbringen: jedes System braucht seine Ausformung von Demokratie: Referenden sind in der Schweiz mit 7.4 Millionen leichter zu organisieren als in der EU über 27 Staatsgrenzen hinweg mit 500 Millionen Bürgern. Direkte Demokratie, repräsentative Demokratie, präsidiale Demokratie – mit Ausnahme der Volksdemokratie – alles Formen von politischen Systemen die "Demokratie" als gemeinsamen Nenner haben und daher auch zu respektieren sind.

Die Schweiz wie die Union muss mit Vielfalt zu Rande kommen: kultureller, sprachlicher, religiöser; mit städtischen Zentren und dem ländlichem Raum. Auch wenn die Schweiz eine eigene Schweizer Geschichte hat, pflegen die Kantone ihre eigenes geschichtliches Erbe und ihre Traditionen. Vor kurzem habe ich als Ehrengast beim Sechseläuten in Zürich einen speziellen Aspekt der mannigfaltigen Kultur in der Schweiz kennen gelernt und dabei herausgefunden, dass Gottfried Keller in *"Das Fähnlein der sieben Aufrechten"* für die Schweiz das Motto der Union "In Vielfalt geeint" in einer Art und Weise definiert hat, die übertragen auch auf die Union von heute passt:

"Wie kurzweilig ist es, daß es nicht einen eintönigen Schlag Schweizer, sondern daß es Zürcher und Berner, Unterwaldner und Neuenburger, Graubündner und Basler giebt, und sogar zweierlei Basler! daß es eine Appenzeller Geschichte giebt und eine Genfer Geschichte; diese Mannigfaltigkeit in der Einheit, welche Gott uns erhalten möge, ist die rechte Schule der Freundschaft, und erst da, wo die politische Zusammengehörigkeit zur persönlichen Freundschaft eines ganzen Volkes wird, da ist das Höchste gewonnen; denn was der Bürgersinn nicht ausrichten sollte, das wird die Freundesliebe vermögen und beide werden zu einer Tugend werden!"

"In Vielfalt geeint" ist der Kitt der Union, kein europäischer Einheitsbrei, keine Gleichmacherei. Wir respektieren nicht nur vier Sprachen wie in der Schweiz, sondern 22. Sie sehen dies auch hier in Bern – die Delegation der Europäischen Kommission macht die Botschaften der Mitgliedsstaaten nicht überflüssig, Jeder von uns hat seine eigenständigen Bereiche, wir haben Bereiche wo wir eng zusammenarbeiten und gibt viele Aufgaben, die von jedem Mitgliedstaat alleine wahrgenommen werden.

Ich sehe, dass Schweizer eine **tief verwurzelte Skepsis gegen Macht** und gegenüber Politikern haben – ein Ihnen nahe stehender Bundesrat nannte dies in unserem Gespräch sogar "Misträuen". Auch das ist durchaus "europäisch": Wie die Gemeinden und Kantone darüber wachen, dass die Bundesverwaltung nicht zu stark wird, wachen die Mitgliedstaaten der EU darüber, dass die Brüsseler Stellen nicht zu stark werden. Kultur und Bildung, Universitäten und Polizei, Steuern, Standortwettbewerb ist Sache der Mitgliedstaaten, ist hier Sache der Kantone, was wir respektieren. Sie haben das Korrektiv der direkten Demokratie, die Union nennt es spröde "Subsidiarität" und meint damit, dass Entscheidungen in Europa auf der Ebene getroffen werden sollen, wo es am effizientesten ist.

Dennoch ist die Schweiz schon weiter gegangen als die Union – aus einem Staatenbund wurde ein Bundesstaat. Die Europäische Union ist kein Bundesstaat, die Vereinigten Staaten von Europa werden nicht angestrebt. Ähnlich der Schweizer Kantone in den Jahren 1848 und 1874 haben aber die Mitgliedstaaten erkannt, dass in einigen Bereichen das Zusammenlegen von Souveränität, die überregionale Zusammenarbeit nicht zu einem Verlust sondern zu einem Gewinn an Souveränität führen kann. Nur zwei Jahre nach der

Gründung führte die Schweiz de facto den französischen Franc als Einheitswährung ein – die erfolgreiche Einführung des Euro hat in der Union länger gedauert.

Politische Systeme, die Vielfalt akzeptieren und fördern, zeigen gemeinsame Verhaltensweisen, verwenden ähnliche Bausteine: Wie die Schweiz verteilt die Union ihre wichtigsten Institutionen auf mehrere Mitgliedstaaten – Brüssel, Straßburg, Luxemburg sowie zahlreiche europäische Agenturen in den verschiedensten Mitgliedstaaten. Bundesbern beherbergt viele Institutionen, aber nicht alle – auch Lausanne, Bellinzona und bald St. Gallen sind Sitz wichtiger staatlicher Einrichtungen. Bern ist Haupt- und Verwaltungstadt, Zürich Geschäfts- und Finanzmetropole, Genf mit seinen internationalen Organisationen das Tor der Schweiz zur Welt.

Die Osterweiterung der EU ist durch Festigung der Demokratie, durch die Einführung von Marktwirtschaft in vormaligen Diktaturen und Staatshandelsländern eine der größten Erfolgsgeschichten der Union, sowie ein Dienst an Europa im Allgemeinen. Das Schweizer Volk hat dies im letzten Referendum anerkannt.

Kein Moloch ist am Werk, weder hier in Bern noch in Brüssel, wo ca. 40 000 Beamte für 500 Millionen arbeiten, viele davon in den verschiedenen Sprachdiensten, zur Sicherung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt. Zum Vergleich: für die Schweizer Bevölkerung arbeiten laut Schweizer Statistiken auf der Ebene des Bundes, der Kantone und Gemeinden knapp 400.000 Personen – der Kanton Zürich beschäftigt gleich viel Personen wie die EU.

Die Europäische Einigung war von Anfang an als Baustelle angelegt – kein umfassender Masterplan, der das Endprodukt vorzeichnete, sondern Eckpfeiler, die eingeschlagen wurden, realisiert wurden, manchmal nicht gleich und direkt, sondern verspätet und mit Umwegen – aber im gesamten gesehen ist der europäische Einigungsprozess einer erfolgreichen Aktie vergleichbar – Tendenz steigend, auch wenn es immer wieder Zacken nach oben und unten gibt.

Mitbauen an Europa ist eine stehende Einladung an die demokratischen Staaten Europas und nach 1989 haben viele der befreiten Staaten von dieser Einladung Gebrauch gemacht – sie nicht aufzunehmen wäre die stärkste "Waffe" der Union gewesen, die sie natürlich nicht einsetzen wollte. Das europäische Friedenswerk geht weiter – dies ist keineswegs ein historisches Konzept das mit der Aussöhnung von Deutschland und Frankreich seine Schuldigkeit getan hat. Die Balkankriege haben uns nachdrücklich daran erinnert, dass Frieden immer wieder neu verdient und abgesichert werden muss.

Zu meiner Erfahrung in und mit Österreich: Vor der Mitgliedschaft Österreichs zirkulierten die wildesten Gerüchte und Ängste – Ausverkauf von Grund und Boden, Invasion ausländischer Arbeitskräfte, schlechte Lebensmittel aus den Mitgliedstaaten der EU, Dominanz durch die großen Staaten, Verlust der österreichischen Identität und Neutralität... Kommt Ihnen bekannt vor?

Was ist wirklich geschehen? Österreich hat sich rasch als aktives EU Mitglied positioniert, gelernt dass Mitgliedschaft in der EU ein dauernder Verhandlungsprozess ist, hat zwei erfolgreiche Präsidentschaften absolviert – d.h. für die gesamte Union gesprochen und gehandelt, eine für einen mittelgrossen Staat einzigartige Herausforderung aber auch Chance.

Notwendige Reformen wurden mit Unterstützung der EU durchgeführt, ich denke an die Landwirtschaft, ich denke an die Entwicklung von Grenzregionen, ich denke an

Effizienzsteigerungen durch mehr Wettbewerb, durch Privatisierungen. Österreich hat von der Öffnung seiner Ostgrenzen und von der Mitgliedschaft der mittel- und osteuropäischen Staaten profitiert wie kaum ein anderes Land der EU.

Das schlug sich auf die gesamte Wirtschaft nieder und – in den Worten des österreichischen Industrieministers Bartenstein, "Die Erfolgsgeschichte der österreichischen Wirtschaft ist eng mit dem EU-Beitritt und der EU-Erweiterung verknüpft. Die Ostöffnung und EU-Mitgliedschaft Österreichs haben ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von ½ bis 1 Prozentpunkt pro Jahr und 100.000 bis 150.000 neue Jobs gebracht. Seit 1995 haben sich die österreichischen Exporte fast verzehnfacht, ebenso das Volumen der Auslandsinvestitionen. Dank der EU-Integration sowie der EU-Erweiterung liegt das BIP-Wachstum in Österreich deutlich über jenem des Euro-Raumes."

Damit ist Österreich auch der Hauptgewinner der so genannten "Globalisierung im Kleinen", der Erweiterung der EU um 12 neue Mitgliedsstaaten. Alleine diese Erweiterung bedeute ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von rund 0,2 Prozentpunkten pro Jahr in den nächsten 10 Jahren

"Das EU Mitglied Österreich hat zur Schweiz aufgeschlossen", die Chancen durch EU-Mitgliedschaft, Ostöffnung und EU-Erweiterung erfolgreich genutzt, die Schweiz eingeholt und in einigen Bereichen sogar überholt.

Ein Beispiel: Gemessen am BIP pro Kopf liegt die Schweiz nur noch ganz knapp voran. Österreich ist 2005 auf ein BIP/Kopf von 28.700 Euro gekommen, die Schweiz ist bei 29.000 Euro gelegen.

Sie sehen, auch als professioneller Europäer verliert man nicht seinen Bezug zum Heimatstaat – aus dem Vergleich der Schweiz mit Österreich können Sie selbst ihre Schlüsse ziehen, wenn Sie dies wollen.

Sicher ist es nicht immer leicht mit der Union ins Reine zu kommen: die Aufgabenstellung änderte sich dramatisch – die Europäischen Wirtschaftsgemeinschaften wurden zur Europäischen Union, die Zeit des rein wirtschaftlich orientierten Import-Exportclubs sind vorbei. Innerhalb der Union müssen sich 27 Staaten sowie das Europäische Parlament auf ein Projekt einigen – da ist dann immer schwierig, für Nicht Mitglieder Sonderregeln zu vereinbaren. Aber dennoch, es gibt einige Beispiele, wo sich die Schweiz durchgesetzt hat – in der vorbildlichen Verkehrspolitik hat die Schweiz die EU beeinflusst, im bilateralen Weg hat die Schweiz sicherlich sehr gut verhandelt, wie das Zinsbesteuerungsabkommen zeigt. Dies gilt auch für die gleichberechtigte Teilnahme der Schweiz am Forschungsprogramm, an Kultur- und Medienprogrammen und dem Zugang zu den europäischen Universitäten.

Die Union feiert dieses Jahr ihren **50. Geburtstag** und kann auf Frieden innerhalb der Union zurückblicken. Sie kann stolz feststellen, dass sie weltweit als Beispiel für eine erfolgreiche Integration studiert oder sogar nachempfunden wird. Die Worte des Zürcher Staatsmannes Alfred Escher charakterisieren treffend das Streben der Union, "Vielfalt im Inneren – Einheit nach außen".

Die Schweiz hat eine lange Tradition und reichhaltige Erfahrung im praktischen Umgang mit dieser Vielfalt, ich wünsche mir, dass sie diese Erfahrung in den europäischen Integrationsprozess einbringt – bestimmen Sie selbst das WIE, aber stehen Sie nicht abseits. Sie sind mitten in Europa, sie sind Europäer!

[Es gilt das gesprochene Wort]